



Szerző

Cím Das Budget der Hauptstadt für 1913.

Idő

Forrás:

Pester Lloyd

Bp.

1912 XIII.

(Hely)

(Idő)

(Köt. v. füz.)

Személy

389.6

"1912"

Das Budget der Hauptstadt für 1913.

B u d a p e s t, 30. November.

Die wichtigsten Ziffern des von der Finanzsektion des Magistrats unter der Kontrolle des Bürgermeisters ausgearbeiteten Kostenvoranschlages der Hauptstadt für das Jahr 1913 haben wir im Abendblatte mitgeteilt. Es ist das ein Budget ohne Defizit. Mit 85.216 Millionen Kronen bilanzieren in vollem Gleichgewicht die Ausgaben und die Einnahmen.

Der günstige Eindruck eines Budgets ohne Defizit hält jedoch näherer Prüfung nicht stand. Es erweist sich, daß das Gleichgewicht durch buchhalterische Künste hergestellt wurde und daß die Veranschlagung wichtiger Einnahmeposten in einer Höhe, die tatsächlich nicht erreicht werden kann, das Mittel gewesen ist, ein Defizit zu verschleiern. Nach den reellen Kostenvoranschlägen der letzten drei Jahre ein Budget, dessen Zusammensetzung lebhaftes Bedenken erregt und mit Sorge um die Zukunft des Stadthaushaltes, vor allem mit Sorge für die ohnehin übermäßig in Anspruch genommenen Taschen der Budapestener Steuerträger erfüllt.

Vor allem sei auf den enormen Fehlbetrag bei den ordentlichen Ausgaben hingewiesen. Während in den letzten Jahren die ordentlichen Ausgaben mit den ordentlichen Einnahmen bis auf eine geringfügige Differenz sich die Waage hielten, weist der Voranschlag für 1913 einen Fehlbetrag von 2.946 Millionen Kronen im Ordinarium auf. Dieses Defizit wird durch einen Ueberschuß in gleicher Höhe im Extraordinarium ausgeglichen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß dieser „Ueberschuß“ zum großen Teil von den Kassenresten aus besseren Jahren herrührt und außerdem von den Interkassazinsen aus einem im nächsten Jahre aufzunehmenden Anlehen in der Höhe von 120 Millionen Kronen erwartet wird, um die Solidität eines auf dieser Grundlage entworfenen Kostenvoranschlages in das richtige Licht zu rücken. Doch nicht diese Verschleierung eines Defizits, das doch einmal zutage treten muß, ist es, die den Kenner des städtischen Haushaltes mit Sorge erfüllt. Das rapide Anschwellen der unproduktiven ordentlichen Ausgaben treibt einer Krise entgegen, die abzuwenden der vollen Kraft der erneuerten Stadtverrettung bedarf. Eine geradezu ungeheuerliche Zunahme der Personalausgaben wird durch den Voranschlag enthüllt. Die Bezüge des Zentralpersonals sind um 415.032 Kronen, die Pensionen um 440.000 Kronen,

die Bezüge des Lehrpersonals um 844.408 Kronen höher präliminiert als bisher. Nun aber muß man wissen, daß der Effekt der jüngsten Gehaltsregulierung der Beamten und des Lehrpersonals der Kommune und des neuen Pensionsgesetzes sich erst stufenweise, durch eine Reihe von Jahren steil ansteigend geltend macht, bis der Personaletat seine endgültige Höhe erreicht. Selbst wenn in den nächsten Jahren keine einzige Beamtenstelle und keine einzige Lehrerstelle neu systemisiert würde — eine unmögliche Voraussetzung, da die Schreibtische der Magistratsräte von Projekten über Personalvermehrung bedeckt sind —, so steigen die Personal- und Pensionsausgaben jährlich um mehr als eine Million! Und zwar auf wenigstens ein Jahrzehnt hinaus.

Von der 10.532 Millionen Kronen betragenden Erhöhung der ordentlichen Ausgaben im Vergleiche zum Budget für das laufende Jahr entfallen auf jene Ausgaben, die den eigentlichen und wirklichen Bedürfnissen des Gemeinwesens, der Bürgerschaft zugute kommen, verhältnismäßig nur bescheidene Beträge. Die wichtigsten mögen hier angeführt werden. Mehrbeträge wurden veranschlagt: öffentliche Parks und Baumanlagen 81.535 Kronen, Schutzarbeiten gegen Berg- und Binnennasser 138.000 Kronen, Instandhaltung von Gassen, Straßen und Plätzen 206.000 Kronen, Neupflasterungen 1.263.907 Kronen, Pflasterreparaturen 153.500 Kronen, Straßenreinigung 181.000 Kronen, Straßenbeleuchtung 53.200 Kronen, öffentliche Uhren 24.000 Kronen, vaterländische bildende Künste 34.000 Kronen. Die Mehrausgabe von 189.042 Kronen für Kasselei- und Amtskostalbedarf kann kaum unter die produktiven Ausgaben eingereiht werden. Eine gewaltige Erhöhung zeigt der Zinsenbedarf um 3.528.247 Kronen und der Kapitalbedarfsbedarf um 433.320 Kronen, sowie die Annuität des 20-Millionen-Kronen-Pflasterungsanlehens um 413.317 Kronen. Es ist das der Kagenjammer in Ziffern. Wenn die Anleihen verbraucht sind, so erscheint die Annuität in voller Höhe auf der Ausgabenliste. Mächtig mit unfehlbarer Sicherheit. Und da ist es tief betäubend, wenn, wie im vorliegenden Kostenvoranschlag, die letzten Kassenreste aus den sieben fetten Jahren als Deckung der Annuität herhalten müssen. Als ob es keine mageren Jahre gäbe!

Nein, der Magistrat kennt keine mageren Jahre. Er verleugnet sie. Er weist ihre Möglichkeit weit von sich. Und präliminiert die Einnahmen, als ob wir noch mitten in der Epoche des volkswirtschaftlichen Aufschwunges wären, als

ob die Baukunst, nein, der Bauhaußsinn noch in allen Straßen Organen feiern würde. Während wir doch leider in der durch die Kriegsjahre und das Zusammenwirken einer endlosen Kette widriger Umstände bewirkten Periode der Erwerbslosigkeit, der fast absoluten Stagnation der Bautätigkeit leben. Während die primitivsten Forderungen pflichtgemäßer Vorsoorge es dringend geboten hätten, die aus dem Erwerbsleben stammenden Einnahmsquellen der Kommune für das künftige, voraussichtlich mageres Jahr erheblich bescheidener zu präliminieren, als für das brillante Jahr 1911 und das von früheren Resten noch zehrende laufende Jahr, hat die Finanzsektion den Mut gefunden, diese Einnahmen erhöht zu veranschlagen. Der Kommunalsteuerzuschlag nach den staatlichen direkten Steuern wurde um volle zwei Millionen Kronen, die Hauszinssteuer um 0.6 Millionen Kronen höher veranschlagt. Den Gradmesser des Standes des Erwerbslebens bilden die Einnahmen aus der städtischen Maut, dann die Umschreibgebühren und die Baugebühren. Nun denn, die Erträgnisse der städtischen Maut wurden um 810.260 Kronen höher veranschlagt. Obzwar das Grundstückgeschäft fast gänzlich feiert, wurden die Einnahmen unter diesem Titel auf 2.2 Millionen Kronen, um 0.1 Million Kronen höher als bisher präliminiert. Die Durchsicht der allwöchentlich veröffentlichten Baubewilligungen zeigt die absolute Stagnation im Baugewerbe. Wo hat die Finanzsektion den Mut hergenommen, die Erträgnisse der Baugebühren mit 0.9 Millionen Kronen zu veranschlagen, mit dem Betrage, den das Refordbaujahr 1911 der Hauptstadt abgeworfen?

Die Lösung des Rätsels ist nicht allzu schwer. Die Herren im Stadthause sind keineswegs Optimisten, die sich rosigte Illusion suggerieren. Auch wollen wir ihnen den Schmerz nicht antun, ihnen zuzumuten, daß sie die Bevölkerung bewußt irreführen wollen. Der Vorgang ist aber einfach der: Die Ausgaben sind eine gegebene Größe, sind unabänderlich. Folglich müssen die Einnahmen ihnen angepaßt werden. Bisher ist es geglückt. Hoffen wir also für das nächste Jahr das Beste. Mit Anträgen auf Erhöhung des Kommunalsteuerzuschlages und die der Hauszinssteuer hervorzu treten, haben wir noch immer Zeit — das Unangenehme immer zuletzt. Das ist die Logik der wirklichen Budgetmacher im Stadthause.

Gewiß, die Ausgaben sind unabänderlich festgelegt und daß die Bemessung der Ausgaben in den letzten Jahren in allzu flottem Tempo, nicht immer mit Erwägung der letzten Folgen vorgenommen wurde, zeigt sich im vorliegenden Budget leicht verschleiert, wird vielleicht schon im nächsten Budget unverhüllt zutage treten. Fast der vierte Teil der ordentlichen Ausgaben, nicht weniger als 19'35 Millionen, entfällt auf dem Schuldendienst allein; die Beamtengehälter und Pensionen der

Zentrale und der Kanzleibedarf verschlingt 11'578 Millionen Kronen; die Schulen kosten die Hauptstadt jährlich 19'53 Millionen Kronen — eine Post übrigens, die auf die Ehrenseite gebucht werden soll. Diese drei Posten absorbieren drei Viertel der Gesamtausgaben im Ordinarium. In den unzähligen Titeln und Subtiteln des Voranschlages sind Personalausgaben in der weiteren Höhe von etwa drei Millionen versteckt. Wie wenig verbleibt für die Vorsehung der eigentlichen Pflichten des Gemeinwesens!

Es war vielleicht von einigem Nutzen, den die jetzige bedrückte Generation freilich nicht einzusehen vermag, daß ein Jahr der Stagnation hereingebrochen ist. Wenigstens wurde das rasende Tempo in der Durchführung von Masseninvestitionen, der allgemeinen Verstädtlichung von Betrieben jeglicher Art unterbrochen. Der Kostenvoranschlag für 1913 gibt dem vorsichtigen Stadtbürger Anlaß zum Nachdenken und zur Einsicht.